Die
Posener Zeitung
erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen
nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das
Abonnement
beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren
1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 48.

Dienstag den 27. Februar.

1849.

Bekanntmachung.

Nachdem die Königliche Haupt-Verwaltung der Staatsschulden, mittelst Erlasses vom 13. d. M. die Beanstandungen des Abschnitts I. unserer Bekanntmachung vom 11. Januar d. J. (Nr. 4 des Amtsblatts und Nr. 16 der Posener deutschen Zeitung) als beseitigt erklärt, und angeordnet hat, daß nunmehro auch mit der Ausgabe der 5% Staatsschuld-Verschreibungen über die nach dem 30. Nov. pr. erfolgten Einzahlungen vorgegangen werden soll, benachrichtigen wir mittelst dieser letzten und schlüßlichen Bekanntmachung die Interessenten, welche noch im Besitze von Empfangs-Bescheinigungen sind, daß unsere Hauptkasse gegenwärtig mit den erforderlichen Staatsschuld-Verschreibungen vollständig versehen ist, und diese, nebst den zahlbaren Zinsenbeträgen, so wie unverbrieft gebliebene kleinere Einzahlungen, in den Dienststunden, Vormittags von 8 bis 1 Uhr, sämmtlich werden verabfolgt werden.

Die Inhaber der noch nicht präsentirten Empfangsbescheinigungen wollen deren sichere Einreichung beeilen, und die hiesigen Interessenten wie zeither die direkte Abfertigung, diejenigen in der Provinz die Befriedigung durch Vermittelung der Kreiskassen gewärtigen.

Posen, den 26. Februar 1849.

Königl. Regierung.

Inland.

Berlin, den 24. Febr. Mit Bezug darauf, daß die Natur der konstitutionellen Formen es selbstredend mit sich bringt, daß die Mitglieder des Staats-Ministeriums den Titel Staats-Minister und das Prädikat Excellenz nur so lange führen, als sie sich im Amte befinden, bestimme Ich, daß im Civilstande nur mit der Ernennung zum Wirklichen Geheimen Rath die Führung des gedachten Prädikats bleibend verbunden sein soll. Charlottenburg, den 19. Februar 1849. Friedrich Wilhelm. Graf v. Brandenburg. An das Staats-Ministerium.

Berlin, den 26. Febr. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Allerhöchstihren Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt für Deutschland, Camphausen, zum Wirklichen Geheimen Rath zu ernennen.

Se. Königl. Hoheit der Prinz Wilhelm von Preußen, Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert, Se. Großherzogliche Hoheit der Prinz Karl von Hessen und bei Rhein, nebst Höchstdessen Gemahlin Königliche Hoheit, sind von Münster hier einzen, von Brünneck, ist von Trebnitz; der Wirkliche Geheime Legations-Rath von Patow, von Potsdam, und der General-Major v. Willisen I., von Breslau hier angekommen. — Se. Durchlaucht der Fürst Alexander zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, ist nach Hohenstein abgereist.

CC Berlin, den 23. Febr. Nach Briefen aus Frankfurt a. M. verdanken wir das liberale Wahlgesetz der Vereinigung der Oesterreicher mit der Linken, da diese Herren in der Ueberzeugung, daß sie bald nicht mehr zu Deutschland gehören werden, vor ihrem Ausscheiden noch so viel Wirrwarr wie möglich in Deutschland anrichten wollen oder anzurichten instruirt sind.

CC Berlin, den 24. Febr. Die durch den heutigen Staats-Anzeiger bekannt gemachte Vervollständigung unseres Ministerii durch den Grafen v. Arnim, für Auswärtiges, und den Geheimen Rath v. Raabe, für Finanzen, spricht mehr wie alles Andere für den festen Willen desselben den etwa in den Kammern auftauchenden Gelüsten nach einem Ministerwechsel entgegenzutreten und auszuharren, bis sie ihre Aufgabe, die constitutionellen Verhältnisse Preußens zu konsolidiren, gelöst haben. — Von Wohlunterrichteten erfahren wir, daß die Thronrede in sehr versöhnendem Geiste abgefaßt ist. — Herr v. Rochow, seiner Zeit Landtags-Marschall des vereinigten Landtags, hat aus Gesundheits-Rücksichten die Präsidentur der 1. Kammer abgelehnt. Man glaubt, daß dieselbe nun an den frühern Finanz-Minister Herrn v. Alvensleben gelangen werde. — Die demokratische Partei des dritten Wahlbezirks befindet sich Jung's wegen in größter Uneinigkeit und läßt sich fast schon mit Bestimmtheit eine solche Zersplitterung ihrer Stimmen vorhersehen, daß es der Gegenpartei gelingen wird, ihren Candidaten Beckerath durchzusetzen, zudem die Anhänger Jung's mit ihr sich vereinigt haben. — Unsere nächtlichen Diebe suchen jetzt vielfach der Ertappung dadurch zu entgehen, daß sie eine der Constabler Uniform ähnliche Bekleidung anlegen. Auch bei dem neulich in der Lützower Wegstraße vorgekommenen bedeutenden Diebstahle waren einige der Diebe mit Nummern an den Hüten versehen. — Auch die Druckerei von F. Reichardt ist geschlossen worden.

Berlin, den 24. Februar. Gestern fand in dem General-Postamte, unter dem Vorsitze des Handelsministers v. d. Heydt, im Beisein des Unterstaatssekretairs v. Pommer-Esche, des Regier.-Raths Delbrück, und, wie sich von selbst versteht, des Chefs und der Mitglieder des General-Postamts, eine Sitzung statt, worin beschlossen ward: 1) das bestehende Post-Monopol so weit zu ermäßigen, daß, unter Vorbehalt der Genehmigung der Kammern, in der Zukunft Packete nur bis zur Schwere von zehn Pfund postpflichtig sein sollen, während früher die Postpflichtigkeit erst mit dem Gewichte von vierzig Pfund aufhörte; 2) soll auch den Privat-Unternehmern, jedoch nur, wenn ihre Fuhrgelegenheiten den Pferdewechsel einführen, die Beförderung von Päckereien über zehn Pfund gestattet sein.

— An die Aeltesten der Kaufmannschaft ist folgende Zuschrift ergangen: „Durch die Verfügung der K. Verwaltung des Staatsschatzes und Münzwesens, d. d. 16. d. M., ist die General-Münz-Direktion angewiesen, die Ausmünzung von Friedrichsd'ors wiederum einstellen zu lassen. Die Herren Aeltesten der Kaufmannschaft werden demnach ergebenst ersucht, den sämmtlichen Mitgliedern ihrer Corporation gefälligst bekannt zu machen, daß das K. Haupt-Münz-Comtoir ferner kein Gold mehr ankaufen kann, mithin alle etwa beabsichtigten Goldeinlieferungen ablehnen muß. Berlin, 19. Februar 1849. Die General-Münz-Direktion."

— Die mehr als gewöhnlich freundschaftlichen Beziehungen in denen Graf Westmoreland, der Englische Geschäftsträger, zu unserer Regierung steht, haben, da sie von politischer Bedeutung sind, einige Aufmerksamkeit erregt. Diese so enge Verbindung des Cabinets zu St. James mit dem Berliner, wie sie vielleicht seit Friedrich des Großen Tode nicht Statt gehabt, läßt Viele an einen wirklichen Vertrag zwischen Großbritanien und Preußen, gleichsam als Gegensatz zu einem etwanigen Russisch-Oesterreichischen Bündnisse, glauben; Andere wollen in jenem auffallend freundschaftlichen Verkehr erst die Präliminarien zu einem später eventuell zu schließenden Bündnisse sehen.

— Dem in Bernau noch immer verweilenden Prof. Nees v. Esenbeck soll die Weisung zugegangen sein, seinen Lehrstuhl als Professor der Botanik in Breslau wieder einzunehmen, wenn er nicht seines Gehalts und seiner Anstellung verlustig gehen wolle.

— Ein in der Buchdruckerei von Reichardt gedrucktes und von dort aus verkauftes Gedicht, „an die zusammentretenden Kammern von F. Freiligrath", ist mit Beschlag belegt worden.

— Ungeachtet das Publikum zu dem nervenkranken zwölfjährigen Mädchen in der Schifferstraße keinen Zutritt mehr erlangt, so strömen doch noch viele Leichtgläubige, besonders Frauen, dahin, in dem Wahn, schon durch den Anblick des Hauses, in welchem das Mädchen wohnt, Linderung ihrer Leiden zu erlangen!!

— Das Kalifornische Gold hat nun auch bereits hier Viele reiselustig gemacht, welche alle den vermögenden Ständen angehören und angehören müssen, da diese Reise, die fast einer Weltumseglung gleichkommt, wenigstens 180—200 Thlr. Reisekosten erfordert. Für diesen Preis kann man von einem jeglichen Deutschen Hafen aus mit Segelschiffen um's Kap Horn bis nach San Franzisko-Bay fahren, während die Reise dorthin über die Landenge von Panama gegen 600 Thlr. kostet, wobei die Ueberschreitung der 50 Englische Meilen breiten Landenge einen ansehnlichen Theil der Kosten wegnimmt. Dabei ist übrigens bemerkenswerth, daß man von Deutschland nach Kalifornien billiger kommen kann, als von New-York. Unter den Berlinern, welche das edle Metall der Kalifornischen Halbinsel aufzusuchen entschlossen sind, wird auch der Kaufmann A. Markwald genannt, der auch bereits beim Handelsminister, Herrn v. Humboldt und andern Sachverständigen sich Raths über sein Vorhaben geholt. Derselbe nimmt für etwa 3000 Thlr. vaterländische Waaren (darunter für 1000 Thlr. Kalauer Stiefeln) mit, um sie an die Goldsucher abzusetzen. Amerikanischen Zeitungen zufolge, werden in dem Goldlande für ein Paar Stiefeln 14—20 Dollars gezahlt.

— Am Hofe und in den den Hof umgebenden Kreisen soll jetzt auf ein Ereigniß gehofft werden, dessen Eintritt seit vielen Jahren für unwahrscheinlich gehalten wurde. Es sind dies Hoffnungen, die sich an jenen Zustand knüpfen, über welchen Englische Blätter mit der ihnen eigenen Diskretion regelmäßig, so oft er eintritt, Bericht zu erstatten pflegen. (C. B.)

Altona, den 22. Februar. Während in London die Friedensunterhandlungen beginnen, sieht es in unserem Lande sehr kriegerisch aus. Es werden nicht nur Rüstungen in einem größeren Maaßstabe vorgenommen, wie bisher, sondern auch die Bestrebungen zu einer Volksbewaffnung machen sich immer lauter und entschiedener geltend.

Hannover, den 21. Februar. Der Minister Stüve überreichte die in der Ministerialkrisis zwischen dem König und dem Ministerium gewechselten Aktenstücke, das Schreiben des Ministeriums und ein Schreiben des Königs. Letzteres theilen wir in den Hauptsätzen mit:

Meine Herren! Aus Ihrem Schreiben vom 19. Februar habe ich gesehen, welche Abstimmung in zweiter Kammer Sie hat veranlaßt, Ihre Entlassung einzugeben. Ihre Gründe kann ich nur richtig halten, aber ich beklage die Sache sehr, weil ich nicht glaube, finden zu können ein Ministerium von patriotischen Männern, welche mein Vertrauen und das des Landes verdienen, bevor ich Ihre Entlassung annehme, ich werde erwarten müssen das Schreiben der Stände, und wenn es so ist, als Sie glauben, es wird sein, muß ich versuchen, ob ich kann finden ein Ministerium von ehrlichen Männern. Sie haben, meine Herren, in Ihrer Verwaltung mit großer Umsicht und Rechtlichkeit Grundsätze aufgestellt, und ich beklage das Land, das die Ausführung nicht soll von Ihrer Hand haben. Kein Maun kann eine Sache so ausführen, wie sie ihm ein Anderer hat gemacht. Ich danke Ihnen, meine Herren, für Ihre bisherigen Dienste. Auch wenn wir müssen uns trennen, behalten Sie das volle Vertrauen Ihres Königs." Die Kammer vertagte sich bis morgen.

Hannover, den 23. Februar. Die „Hannov. Ztg." theilt die Erklärung mit, welche dem Oesterreichischen Gesandten, Freiherrn v. Brenner, von Seiten Hannovers übergeben worden ist. In derselben heißt es:

Gleichwie Hannover den Fortbestand Oesterreichs in staatlicher Einheit als ein Deutsches, als ein Europäisches Bedürfniß, und gleichwie Hannover es als eine Nothwendigkeit betrachtet, daß Oesterreichs Beistand und seine dargebotene Mitwirkung den Angelegenheiten des gemeinsamen Vaterlandes erhalten bleiben, daß sie in einer thätigen Theilnahme an ihrer Leitung sich bewahrheiten: eben so hat Hannover freudig die Hingebung willkommen geheißen, mit welcher jüngst von Preußen die Bereitwilligkeit erklärt ist, Deutschland diejenigen Dienste zu leisten, welche dieses im Interesse der Gesammtheit von ihm verlangen sollte, selbst wenn dies nicht ohne Opfer von seiner Seite geschehen könnte.

Ein einhelliges ungeschmälertes Zusammenwirken beider großen Höfe für die Lösung der großen Frage des Augenblicks ist das, was Hannover zum Wohle von Deutschland aufrichtig wünscht und als Deutschlands unverjährbares Recht betrachtet.

Auch Preußen ist nicht der Ansicht, daß die Aufrichtung einer neuen Deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfassenden Deutschen Einigung nothwendig sei.

Hannover theilt die Befürchtung Preußens, daß das ausschließliche Anstreben gerade dieser Form des an und für sich nothwendigen Einheitspunkts der wirklichen Erreichung des Ziels der Einigung wesentliche und schwer zu überwindende Hindernisse in den Weg legen würde. Die Hannoversche Regierung findet jedoch zu ihrer Beruhigung diese Gefahr sowohl durch die eigene Willensmeinung Preußens in Betreff der Annahme einer ihm anzubietenden veränderten Stellung, als auch durch die in der Depesche vom 4. d. M. ausgesprochene Erklärung beseitigt, mittelst welcher Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich und Allerhöchstdessen Regierung gegen eine Unterordnung unter die von einem anderen Deutschen Fürsten gehandhabte Centralgewalt Verwahrung eingelegt haben.

Nach der durch diese Erklärungen der Deutschen Großmächte gegebenen Sachlage kann das übereinstimmende Verhalten Hannovers einem Zweifel nicht unterliegen.

Ein innig Deutsches Zusammenwirken der beiden großen Höfe zählt die Königliche Regierung namentlich zu den Bedingungen, welche erfüllt werden müssen, wenn die übereinstimmend für nothwendig erkannte Verständigung über die Verfassungsfrage gelingen soll.

Als Aufgabe dieser Verständigung betrachtet Hannover die Bildung einer kräftigen Centralgewalt für Deutschland neben der Erhaltung der den einzelnen Deutschen Staaten zur Pflege ihrer mannigfaltigen Bedürfnisse und Interessen unentbehrlichen Selbstständigkeit in dem ihnen zu belassenden Kreise der Wirksamkeit ihrer Regierungen.

Um beide Aufgaben neben einander lösen zu können, wird als Haupt-Erforderniß eine genaue Regelung des Umfangs der Centralgewalt nach bestimmten Gegenständen ihrer Thätigkeit angesehen. Es gereicht der Königlichen Regierung zur besonderen Genugthuung, in der Depesche vom 4. d. M. die mit der ihrigen genau harmonirende Ansicht anzutreffen, daß je schärfer die Scheidelinie gezogen wird zwischen den dem gesammten Deutschlande gemeinsamen Interessen und denen der einzelnen Theile, um desto sicherer einem Vorwalten der Sonderinteressen wird vorgebeugt werden.

Wie aber auch die Verfassung Deutschlands, berathen von den hierzu gesetzlich berufenen Vertretern des Volks, sich gestalten möge auf der Grundlage der zu Frankfurt gefaßten Beschlüsse: — sie wird, nach der von der Königlichen Regierung unabänderlich festzuhaltenden und zu diesseitiger Befriedigung mit der des Kaiserlichen Hofes übereinstimmenden Ansicht rechtsgiltig und heilbringend nur vollendet werden können, wenn sie ihre Begründung findet im Wege einer freien Vereinbarung mit der zu Frankfurt a. M. tagenden Nationalversammlung, im Sinne der Bundesbeschlüsse vom 30. März und 7. April 1848, auf deren Grund die Deutsche Nationalversammlung zusammengetreten ist, um das Deutsche Verfassungswerk zwischen dem Deutschen Volke und den Deutschen Regierungen zu Stande zu bringen.

Hannover, den 23. Februar. Die „Hannoversche Zeitung" veröffentlicht heute die Instruktion für den Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt. Ihr wesentlicher Inhalt ist volle Uebereinstimmung mit der Preußischen und Oesterreichischen Note, was bei der Beschaffenheit der letzteren aber nur vollständige Uebereinstimmung mit dieser bedeutet.

Frankfurt a. M., den 20. Februar. 174ste Sitzung der verfassunggebenden Reichsversammlung. (Schluß.) Im weiteren Verlauf der Abstimmung fällt der Antrag Biedermann's und Genossen mit 248 gegen 204 Stimmen, desgleichen derjenige Hoffmann's von Friedberg mit 239 gegen 209 Stimmen und endlich bei Ramens-Aufruf der Antrag von Lette und Genossen mit 299 gegen 124 Stimmen. Damit sind die anderen, theils Verbesserungs-, theils Zusatz-Anträge abgelehnt und es hat bei den bereits mitgetheilten Bestimmungen über die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshause sein Bewenden. Nachdem noch mehrere protokollarische Erklärungen zu den Abstimmungen gegeben worden sind, wird die Sitzung gegen 5 Uhr Nachmittags geschlossen. — Fortsetzung der Berathung über das Wahlgesetz Donnerstag den 22. Februar.

Frankfurt a. M., den 21. Febr. Die Frankf. Ztg. theilt die (bereits erwähnte) bayerische Note mit; in derselben heißt es:

„Die bayerische Regierung hat das Bedürfniß einer Verständigung der deutschen einzelnen Staaten unter sich bei dem Beginne der

Arbeiten der National-Versammlung tief empfunden. Sie hat dies schon im Monat Mai v. J. und seitdem wiederholt durch dringende Aufforderungen an die verbündeten Regierungen bethätigt, welche keinen anderen Zweck hatten, als durch eine rechtzeitige Einigung über die Hauptpunkte der künftigen Verfassung auch ihrerseits zu beschleunigter, praktischer Begründung des von ganz Deutschland heißersehnten Einigungswerkes den Bemühungen der National-Versammlung fördernd entgegenkommen zu können. — Dieses vorausgeschickt, wird es hier genügen, die Ueberzeugung schon jetzt auszusprechen, daß nur eine ganz Deutschland in allen seinen Bestandtheilen zu einem Bunde verbindende und daher Oesterreich weder ausschließende, noch in die Sonderstellung eines weiteren Bundesverhältnisses hinausdrängende Verfassung dem mächtigen Streben nach Einigung und nach Kräftigung des deutschen Gesammt-Vaterlandes entsprechen werde, daß dagegen, wie dieses in der Note vom 23sten v. M. ausgesprochen ist, auf welche auch der Erlaß des Reichsministeriums Bezug nimmt — „die Aufrichtung einer neuen deutschen Kaiserwürde zu der Erlangung einer wirklichen umfassenden deutschen Einigung nicht erforderlich sei", daß vielmehr hierdurch der allseitig gewünschten Einigung ein unbesiegbares Hinderniß entgegengestellt würde."

** Frankfurt a. M., den 21. Februar. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung ist die verhängnißvolle Entscheidung über das wichtigste Grundprincip für das künftige Wahlverfahren erfolgt. Die Mehrheit der Nationalversammlung hat sich, wie sie nicht füglich anders konnte, ohne ihren eigenen Ursprung zu verläugnen, für das allgemeine Wahlrecht entschieden. Alle Anträge auf Einführung eines Census, oder Ausschließung gewisser Klassen vom Wahlrecht sind verworfen worden, letztere mit ungeheurer Majorität (422 gegen 20 Stimmen). Der Kampf um Einführung eines mäßigen Census wurde mit Anstrengung aller Kräfte geführt, und nicht ohne Aussicht auf Erfolg; die Gegenpartei hatte nur eine Mehrheit von 40 Stimmen. — Die Herren von der Rechten sind über die erlittene Niederlage außer sich; ich meinestheils kann mich nur über die politische Kurzsichtigkeit wundern, von der diese Herren befangen sind. Die konservative Partei meint, daß das Gelingen des deutschen Einheitswerks nur von dem guten Willen der Regierungen abhinge, deren Vertrauen sich die Nationalversammlung erhalten müsse, und jedes Zeitungsblatt giebt doch neue Beläge dafür, welche Bewandtniß es mit diesem guten Willen und diesem Vertrauen hat. — Wenn das allgemeine Stimmrecht Gefahren mit sich führt, so wird die Zukunft erst zeigen können, von welcher Art dieselben sind; denn bisher ist das allgemeine Stimmrecht nur noch in einer Zeit der größten Aufregung erprobt worden, und man kann nicht sagen, daß die Resultate so unbedingt schlecht gewesen wären. — Wird die Zukunft die Einführung von Beschränkungen als nothwendig herausstellen, so wird es einer künftigen Legislatur vorbehalten bleiben, sie einzuführen; die Nationalversammlung aber, welche selbst aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen und in den Grundrechten die Aufhebung aller Privilegien dekretirt hat, würde sich um Ehre und Reputation gebracht haben, wenn sie auf die ihr gestellte Zumuthung eingegangen wäre. Dazu kommt nun noch folgende Erwägung, die aus der momentanen Parteistellung in der Nationalversammlung hervorgeht. Das Bild der Zerrissenheit, welche ganz Deutschland in Bezug auf die Vollendung das Verfassungswerks jetzt darstellt, findet sich bei uns in einer Versammlung von einigen hundert Köpfen zusammengedrängt wieder. Es stehen sich jetzt scharf abgegrenzt, und ziemlich vollständig organisirt drei Parteien einander gegenüber: die österreichisch-bairisch-ultramontane, die preußisch-deutsche und die demokratische. Keine von diesen dreien hat die Majorität in der Nationalversammlung, wenn auch die preußisch-deutsche bei Weitem die stärkste ist, und die beiden anderen beinahe aufwiegt. Es ist somit klar, daß der Sieg unserer deutschen Sache wesentlich davon abhängt, wohin sich die demokratische Partei neigt. Diese Partei setzt alle ihre Hoffnungen auf die Zukunft, und wird sich sofern jeder Verfassungsform widersetzen, die ihr alle Aussichten für die Zukunft abschneidet. Somit wäre ein reaktionäres Reichswahlgesetz das sicherste Mittel, um die Demokraten dahin zu drängen, daß sie sich vollständig mit dem Partikularismus alliiren, um das Zustandekommen der Verfassung zu hindern. — Diese einfache Sachlage wird leider immer von der bisherigen Majorität unserer Versammlung nicht klar erkannt; hoffentlich aber wird die richtige Einsicht sich bald Bahn brechen, und es denn auch nicht mehr zweifelhaft sein, daß die österreichische Partei hier unterliegen muß. In der Hauptsache kommt es freilich auf die Haltung Preußens an, d. h. sowohl seiner Regierung, als seiner Kammern.

Frankfurt, a, M., den 22. Febr. Die O. P. A. Z. enthält die Depesche der Preußischen Regierung an den Bevollmächtigten bei der Central-Gewalt vom 16. Februar. Wir entnehmen denselben folgende Hauptstellen: ..... „Die Königliche Regierung erkennt als obersten Grundsatz an, daß das Deutsche Verfassungswerk nur durch die freie Zustimmung der dabei betheiligten Regierungen endgültig zu Stande kommen könne. Indem sie dieses Recht in vollstem Maße sich vindizirt, erkennt sie es auch für alle übrigen Bundesglieder gleichmäßig und ohne Ausnahme an, wie sie dies bereits früher ausgesprochen hat. Sie wünscht ferner nichts aufrichtiger und lebhafter, als daß die neue Verfassung des Deutschen Bundes alle Deutschen Stämme mit einem starken und innigen Bande umschlingen und sie zu einem großen Ganzen gestalten möge. Sie ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Erhaltung des engen, durch Jahrhunderte befestigten Bandes, welches Oesterreich mit dem übrigen Deutschland verkettet, für beide Theile ein großes und unentbehrliches Bedürfniß sei. Sie will dasselbe in keiner Weise gelockert, vielmehr gekräftigt und befestigt wissen. Sie begegnet in diesem Punkte vollständig den Gesinnungen, welche die Kaiserliche Regierung in ihrer hierher mitgetheilten Depesche vom 4. d. M. an ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt ausgesprochen hat. Wenn sie zugleich nicht verkennt, welche Schwierigkeiten die eigenthümlichen Verhältnisse und Bedürfnisse der Deutschen Provinzen des Kaiserstaates, im Zusammenhange mit denen der Gesammt-Monarchie, der Feststellung ihres Verhältnisses zu dem neu zu gründenden Bunde entgegenstellen, so zweifelt sie doch nicht an einer glücklichen Lösung derselben und sie glaubt sich durch den Inhalt der obgedachten Note zu der Erwartung berechtigt, daß die Kaiserliche Regierung mit bestimmten Vorschlägen hierüber den übrigen verbündeten Regierungen und der National-Versammlung entgegenkommen werde. Sie wird es sich zur Pflicht machen, solchen Vorschlägen ihrerseits in dem oben angedeuteten Geiste zu begegnen. Von diesen Vorschlägen, so wie von den Erklärungen, welche andere mitverbündete Regierungen, welche sich noch nicht ausgesprochen haben, abgeben werden, muß natürlich auch die letzte Entschließung der Regierung Sr. Majestät des Königs abhängig bleiben. Inzwischen erachtet es dieselbe für dringend gebotene Pflicht, sich schon jetzt, von ihrem Standpunkt aus, über den vorliegenden Verfassungs-Entwurf auszusprechen. Die Lage Deutschlands fordert eine baldige Entscheidung. Alle wahren Freunde des Vaterlandes erkennen die Nothwendigkeit der endlichen Beseitigung des gegenwärtigen ungewissen Zustandes, der Errichtung eines starken Einheitspunktes, an den die Schwachen sich anlehnen, um den die erhaltenden Elemente sich schaaren können. Die Verhinderung einer gänzlichen Auflösung der schwächeren Staatskörper und des immer weiteren Umsichgreifens innerer Zerstörung jetzt noch lebensfähiger Elemente, die Ruhe und der Friede Deutschlands hängen davon ab. Die Befriedigung dieses Bedürfnisses kann nicht von ungewissen Eventualitäten abhängig gemacht, nicht in unbestimmte Ferne hinausgeschoben werden. Inwieweit Preußen dazu beizutragen bereit ist, darüber will die Regierung Sr. Maj. des Königs keinen Zweifel bestehen lassen. Sie ist aus freier Entschließung bereits durch die Proclamirung Sr. Majestät des Königs vom 18. März v. J. mit der Erklärung vorangegangen, daß sie der Umgestaltung des Deutschen Staatenbundes zu einem Bundesstaat ihre Kräfte widmen wolle. Sie hat seitdem in diesem Geiste gehandelt, und sie wird diesem Bestreben ferner getren bleiben. Preußen bedarf dieses Bundesstaates nicht um seiner sebst willen. Seine Größe, seine staatliche Konsistenz, seine Traditionen geben ihm mehr als den meisten anderen Staatskörpern Deutschlands die Fähigkeit, sich selbst genügen, nöthigenfalls für sich beharren zu können. Vergrößerung an Macht oder Einfluß sucht es nicht. Wenn es den Bundesstaat seinerseits will, so will es ihn nicht um seiner selbst, sondern um Deutschlands willen; die Opfer, die es demselben bringt, die Lasten, die es übernimmt, trägt es um der Gesammtheit willen. Von diesem Standpunkt aus hat die Regierung Sr. Majestät des König den vorliegenden Verfassungsentwurf geprüft. Sie glaubt, daß derselbe im Wesentlichen die Grundlagen und Bedingungen eines kräftig und den Anforderungen der Zeit gemäß gestalteten Bundesstaats enthalte. Die Abänderungsvorschläge, welche sie Ew. Excellenz zukommen läßt, sind wesentlich aus der Ueberzeugung hervorgegangen, daß es darauf ankomme, 1) die Kompetenz der Bundesgewalt genauer zu begränzen, innerhalb dieser Kompetenz aber ihr eine kräftige Handhabung zu sichern. 2) Die Existenz der Einzelstaaten als selbstständige Organismen möglichst zu wahren und sie nicht weiter zu beschränken, als zur Erreichung der wesentlichen Bedingungen des Bundesstaates nothwendig ist. Eine Centralisation, welche über den Bundesstaat hinaus in den Einheitsstaat führen würde, muß nach der Ueberzeugung der Königlichen Regierung als weder nothwendig, noch den wahren Bedürfnissen Deutschlands entsprechend, dem Werke der Einigung aber hinderlich und gefährlich, durchaus vermieden werden. Hingegen ist die Königliche Regierung aber auch der Ansicht, daß den einzelnen Fürsten und Staaten nicht zugemuthet werden könne, einem großen Theil ihrer Selstständigkeit zu entsagen, anders als zu Gunsten einer wirklich starken Centralgewalt, welche durch kräftigen Schutz die Opfer erzielt, welche sie fordert. Die Königliche Regierung hofft, daß die Erklärungen und Vorschläge, welche Ew. Excellenz hiernach in deren Namen abgeben werden, sowohl bei den Regierungen als bei der National-Versammlung eine günstige Aufnahme und eingehende Erwägung finden, und daß sie das Werk der Verständigung fördern werden. ..... Es folgen dann einige Andeutungen über mehrere einzelne Paragraphen des Verfassungswerks, doch ohne nähere Auslassung.

Frankfurt a. M., den 22. Febr. Se. Kaiserliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweser hatten gestern Abends kaum noch eine Spur von Fieber. Die Nacht war wohl noch durch Husten gestört, allein der Schlaf war erquickend und stärkend, theilweise Krisen stellen sich ein. Wir sehen daher mit größerer Zuversicht einer vollkommenen Genesung entgegen. Dr. Taubes, Kaiserlicher Rath.

— Seit heute Abend steigert sich die Besorgniß, welche die Erkrankung Sr. Kaiserl. Hoheit des Erzherzogs-Reichsverwesers erweckt hat. Nach dem Ausspruch der Aerzte soll das Uebelfinden heute Vormittag einen so ernsten Charakter angenommen haben, daß man bei den vorgerückten Jahren und den erschöpften Kräften des hohen Patienten auf das Aeußerste gefaßt sein muß. (D. R.)

— In der heutigen Sitzung der deutschen National-Versammlung wurde der §. 3 des Wahlgesetzes in folgender Fassung angenommen: „Als beschollten, also von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen, sollen angesehen werden: Personen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß nach den Gesetzen des Einzelstaates, wo das Urtheil erging, entweder unmittelbar oder mittelbar der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, sofern sie in dieses Recht nicht wieder eingesetzt worden sind." §. 4 erhielt folgende Fassung: „Das Recht, zu wählen, soll, unbeschadet der sonst verwirkten Strafe, für eine Zeit von 4 bis 12 Jahren durch strafgerichtliches Erkenntniß für verlustig erklärt werden, wer bei den Wahlen Stimmen erkauft, seine Stimme verkauft, oder mehr als einmal bei der für einen und denselben Zweck bestimmten Wahl seine Stimme abgegeben, oder zur Einwirkung auf die Wahl überhaupt gesetzlich unzulässige Mittel angewendet hat."

Karlsruhe, den 21. Februar. Das gestern ausgegebene Regierungsblatt verkündigt das nachstehende Gesetz über die Aufhebung der Beschränkung staatsbürgerlicher Rechte aus Rücksichten der Konfession:

„Leopold, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Mit Zustimmung Unserer getreuen Stände haben Wir beschlossen und verordnen, wie folgt:

Art. 1. Der Absatz 1 des §. 9 der Verfassungs-Urkunde erhält folgende Fassung: „Alle Staatsbürger ohne Unterschied der Religion haben zu allen Civil- und Militairstellen und Kirchenämtern ihrer Konfession gleiche Ansprüche."

Art. 2. Der §. 19 der Verfassungsurkunde erhält folgende Fassung: „Die politischen Rechte aller Religionstheile sind gleich."

Art. 3. Die Ziffer 1 des §. 37 der Verfassungsurkunde ist aufgehoben.

Art. 4. Der §. 69 der Verfassungsurkunde erhält folgende Fassung: „Ich schwöre Treue dem Großherzog, Gehorsam dem Gesetze, Beobachtung und Aufrechthaltung der Staatsverfassung und in der Ständeversammlung nur des ganzen Landes allgemeines Wohl und Bestes, ohne Rücksicht auf besondere Stände oder Klassen, nach meiner inneren Ueberzeugung zu berathen: so wahr mir Gott helfe!"

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 17. Februar 1849. Leopold. Bekk."

Wien, den 21. Februar. In seinem Berichte an das Ministerium sagt der F.-M.-L. Puchner, daß die Hülfe der Russischen Truppen nur auf den momentanen Schutz der Sächsischen Staate berechnet ist, und daß von einer aktiven Theilnahme derselben an der weiteren Bekämpfung der Rebellion keine Rede sein kann. Nachdem für den Schutz der Sächsischen Hauptstädte gesorgt war, ergriff der F.-M.-L. Puchner mit den ihm zu Gebote stehenden Streitkräften die Offensive, vertrieb, nach einem mörderischen Kampfe, den General Bem aus seiner vortheilhaften Stellung bei Salzburg, dann aus Mühlenbach und endlich aus Szász-Város, nachdem er ihm bei Salzburg 16 Kanonen, nebst vieler Munition und Gepäck, so wie bei Kellnek 700 Gefangene, 2 Kanonen und fast das ganze Gepäck abgenommen hatte. Der Verlust der K. K. Truppen war bedeutend; der des Feindes aber sehr groß, da die erbitterten Truppen nur wenige Gefangenen machten.

— Man erzählte sich, daß viele Packwagen aus Olmütz in der Hofburg anlangen, woraus man auf eine baldige Rückkehr des Hofes nach Wien schließen will. Dieses Gerücht dürfte aber kaum mit der heute erschienenen Kundmachung des Gen. v. Welden, wonach die Maßregeln des Belagerungszustandes auf das Höchste verschärft werden, in Einklang zu bringen sein.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 21. Febr. National-Versammlung. Sitzung vom 20. Febr. An der Tagesordnung befindet sich zunächst die dritte Berathung über die Erhöhung der Werthstempels bei Collektiv Besitzthümern (Spitalgütern, Congregationsgütern, milden Stiftungen u. s. w.) Rondot findet die neue Taxe von 62½ Centimen, für den Franken des Steuerwerths, zu hoch. Das Gesetz, d. h. die 62½ Cent., geht demnächst mit 602 gegen 95 Stimmen durch. Dieser Gegenstand wäre erledigt. Es ist zu fürchten, daß diese neue Steuer der Republik unter den Bauern, die in ihrer Pacht höher gestellt werden dürften, abermals Feinde mache. — Crémieux erscheint in diesem Augenblicke auf der Bühne. Er überreicht den Commissionsbericht gegen den Faucherschen Clubschließungs-Entwurf. Die Versammlung kehrt jedoch zu ihrer eigentlichen Tagesordnung zu dem aus 114 Artikeln bestehenden Wahlgesetz-Entwurf, zurück. Die Artikel 50. bis 57. gehen ohne Weiteres durch. Bei dem Artikel 58. wird die Debatte durch die gestern angemeldeten Interpellationen über Italien unterbrochen. Ledru Rollin (tiefe Stille): Ein ernstes Ereigniß hat sich auf der Italienischen Halbinsel zugetragen. Dieses Ereigniß dürfte tiefe Spuren in der Geschichte zurücklassen. In Rom und Florenz ist die Republik verkündet, der Papst seiner weltlichen Herrschaft entsetzt worden. Das sind Thatsachen, die jeden Freund der Freiheit mit Freude erfüllen. Der Redner fragt demnächst die Minister, welches Verfahren sie gegen die Italienische Republik zu beobachten gedenken, und ob es wahr sei, daß sie eine Flotte dorthin ausrüsten? Der Minister des Auswärtigen antwortet in der gewöhnlichen Kürze. Der ehrenwerthe Abgeordnete — beginnt er — drückte sein Erstaunen aus, daß mehrere Mitglieder der Rechten ihn unterbrachen, als er seine Freude über den Sturz der weltlichen Macht des Papstes aussprach. Ich fühle das Bedürfniß, zu erklären, daß sich die Französische Republik keineswegs für alle Republiken, die in Europa entstehen dürften, solidarisch verpflichtet halte. Auch wir riefen vor acht Monaten: Es lebe die Republik! Aber wir wollen, wenn es sich nicht um die unsrige handelt, vorher wissen, welcher Art die Republik sei, für die man unser Lebehoch fordert. (Ah, Ah!) Die Ansichten der Regierung sind: die weltliche Macht mit der geistlichen zu versöhnen. Die Wiedereinsetzung des Papstes ist für die katholische Religion wichtig. Es wäre für Frankreich unmöglich, sich in dieser Frage für nicht competent zu erklären. (Ah!) Die Regierung hat Maßregeln, die ihr die Umstände zu gebieten schienen, ergriffen." Ledru Rollin: Frankreich dürfe die Freiheit keines Volkes angreifen, und die Italiener nicht hindern, sich diejenige Regierungsform zu geben, die ihren Bedürfnissen und ihrem Willen entspreche. Möge

sich Frankreich zum Kampfe bereit halten, aber gegen die Italiener dürfe es die Waffen nicht führen. (Beifall.) Coquerel: Es handele sich nicht um Gewissensfreiheit. Es handele sich vielmehr um Huldigung von Verdiensten um den Liberalismus. Setzt die Französische Republik den Papst wieder ein, so thut sie wohl daran. (Lärm.) Die Römer handeln undankbar gegen den Beförderer der Italienischen Freiheit. (Rechts Beifall, Links Hohngelächter.) Bac (vom Berge) schlägt folgende begründete Tagesordnung vor: „Die Nationalversammlung beharrt bei ihrer Erklärung vom 25. Mai, und geht zur Tagesordnung über," zieht aber seine motivirte Tagesordnung zurück. Somit ist die einfache Tagesordnung ausgesprochen und die Interpellation erledigt. Die Sitzung wird um $5\frac{3}{4}$ Uhr geschlossen.

— Sitzung vom 21. Febr. Anfang $1\frac{1}{4}$ Uhr. Präsident Marrast. An der Tagesordnung ist Fortsetzung der Wahlgesetz Debatte. Artikel 58, vom Votum der Soldaten handelnd: „Alle unter den Fahnen befindlichen Land- und Seesoldaten üben ihr Stimmrecht auf dem Platze aus, auf dem sie sich gerade befinden. Sie werden departementsweise abgetheilt und die hierdurch entstehenden Sectionen von den ältesten Offizieren unter Beiziehung einer aus vier Gemeinden bestehenden Skrutatoren-Kommission präsidirt u. s. w." Geht durch. Mit ziemlicher Schnelligkeit folgen ihm die Artikel 59 bis 73. Artikel 73 lautet ursprünglich: „Zu Volksvertretern können nicht gewählt werden: 1) Die nach Art. 28, 31, 42 und 335 des Strafgesetzbuchs und 102 des gegenwärtigen Wahlgesetzes zu entehrenden Strafen verurtheilten Individuen. 2) Die Individuen, welche wegen Diebstahls, Prellerei, Mißbrauch des Vertrauens und Wucher verurtheilt worden." Pierre Leroux trägt darauf an, den Zwischensatz: „und wegen Ehebruchs" einzuschalten. Billault, Berichterstatter, bekämpft den Zwischensatz und sagt, Pierre Leroux habe nur auf Art. 73 (§. 7) ein Epigramm machen wollen. Pierre Leroux protestirt gegen diese Deutung. Dies sei persönlich. Billault solle auf dem prinzipiellen Felde bleiben. (Zur Abstimmung!) Es herrscht große Aufregung im Saale. Zwei Abstimmungen durch Aufstehen und Sitzenbleiben sind zweifelhaft. Endlich wirdum $6\frac{1}{2}$ Uhr der Antrag mit 286 gegen 229 Stimmen angenommen. (Links Bravo's.) Es war dies der erste Erfolg, welchen der Sozialist Pierre Leroux mit einem Antrage auf der Tribüne hatte. Schluß $6\frac{3}{4}$ Uhr.

— Dem Journal des Débbats ist aus Brüssel die Nachricht zugegangen, Colloredo habe bei Eröffnung der brüsseler Konferenzen erklärt, daß Oesterreich sich sofort zurückziehen würde, wenn nicht sämmtliche Theilnehmer im Namen ihrer Kabinette die Erklärung abgäben, daß sie die wiener Verträge von 1815 als Grundlage der Verhandlungen annähmen. Oesterreich und seine Bundesgenossen seien fest entschlossen, jene Verträge in ihrem ganzen Umfange aufrecht zu erhalten.

— Auf dem Ball, welchen vorgestern Präsident Bonaparte gab, fanden sich, wie die Patrie berichtet, alle Berühmtheiten der Armee, der Diplomatie, der Politik, der Kunst und der Literatur vereinigt. Was von ausgezeichneten Fremden sich jetzt in Paris befindet, war ebenfalls eingeladen. Man bemerkte unter den Gästen den Herzog von Ossuna, die Grafen Borromeo und Adda. Die Diplomatie war von den Gesandten und bevollmächtigten Ministern aller Europäischen Mächte vertreten. Lord Normanby hatte, wie immer, eine sehr zahlreiche Umgebung. Unter den Abgeordneten bemerkte man die Herren Molé, Thiers, Changarnier, Cavaignac, Marrast, Guinard, Flocon und Birio. Aus der Finanzwelt werden die Herren Rothschild und Lacave-Laplagne genannt. Auch angesehene Legitimisten aus dem Faubourg St. Germain fehlten nicht.

— Bei dem Buchhändler Temblaire sind Louis Napoleon Bonaparte's Werke in drei Bänden erschienen.

— Der Fasching ist ohne die geringste Ruhestörung vorübergegangen. Eine Hand voll Gamins und sonstige Müßiggänger abgerechnet, die sich verkleideten und trotz des Straßenschmutzes die Menge belustigten, beschränkte sich der diesjährige Karneval auf die Tanzsäle. Man bemerkt übrigens, daß seit einiger Zeit wieder viele reiche Familien nach Paris zurückkehren, die bis jetzt die Hauptstadt gemieden hatten. Namentlich ist die Zahl der Engländer in Paris wieder sehr gewachsen. Noch vor kurzer Zeit war fast an jedem Haus in den hauptsächlich von Fremden bewohnten Quartieren die Anzeigen „Zu vermiethen" zu lesen. Sie sind jetzt meistens verschwunden, und gute Wohnungen sind nur mit einiger Schwierigkeit zu bekommen. Auch in den Geschäften, namentlich in dem Fache der Luxussachen, zeigt sich ein Aufschwung, der durch die Bälle und Soireen, welche der Karneval mit sich brachte, die aber in Folge der ruhigeren Stimmung auch zahlreicher besucht wurden, veranlaßt wird.

— Neues Californien in Afrika! Ein gewisser Oberst Karelowski, der lange Zeit die Minen Sibiriens studirte und jüngst Nordafrika besuchte, hat an den Ufern der Flüsse Dys, Namla, Gouka, Benichsch-Angol und Gamanil weite Sandstrecken entdeckt, welche viel Goldstoff enthalten. Die Opinion enthält heute die ersten Nachrichten hierüber. Kein Zweifel, daß ganz Paris an die Ufer jener Flüsse eilt, um den bewußten Sand zu waschen und sich zum Millionär zu machen.

— Auf die Berichte über die Entdeckung von Goldsand in unseren afrikanischen Kolonieen am Atlas und Senegal hat die Regierung beschlossen, amtliche Nachforschungen anstellen zu lassen.

Paris, den 22. Febr. In der Kammer waren heute beunruhigende Gerüchte über Vorfälle in Niort (Departement des deux Sevres) verbreitet. Eine Schwadron Jäger, für deren fernere Garnison der Maire beim Kriegs-Minister angehalten, wozu dieser auch eingewilligt hatte, erhielt zu spät den Gegenbefehl, zu bleiben, und setzte sich in Marsch, was einigen Wühlern Anlaß gab, das Volk aufzuwiegeln und den Soldaten den Abmarsch zu wehren. Der commandirende Oberst, Hr. Korte, befahl nichts desto weniger der Schwadron, zu marschiren, worauf die Wühler die Soldaten mit Steinen warfen. Das Militär blieb nichts desto weniger ruhig, als aber ein Conducteur der Brücke den Obersten selbst insultirte, zerbrach dieser seinen Degen an dem Kopfe jenes Individuums und verwundete ihn leicht; dadurch aber wurde die Aufregung um so größer und das Militär mußte sich mit gestrecktem Bayonnette Bahn durch die aufgeregten Massen brechen, worauf die Menge Barrikaden machte. Die direkten Nachrichten gehen nicht weiter, nach dem Telegraphen aber wäre die Ruhe bereits wieder hergestellt.

— Die Oesterreichische Regierung hat allen, bei ihr beglaubigten Vertretern der verschiedenen Mächte eine Note übersandt, worin sie gegen die Absetzung des Großherzogs von Toscana Verwahrung einlegt, und sich alle ihre vertragsmäßigen Rechte auf Toscana für den Fall, daß die Familie des Großherzogs Leopold ohne männliche Erben ausstürbe, vorbehält.

— Der Moniteur enthält in seinen vier Beilagen mehrere Ausschußberichte, darunter auch den Text der, mit einigen Südamerikanischen Staaten, sowie mit den Sandwichinseln abgeschlossenen, oder noch abzuschließenden Handelsverträge.

— Die wegen Tödtung des Gen. Brea Verurtheilten sind noch nicht erschossen. Der Präsident Bonaparte, an den ihre Vertheidiger sich zuletzt wandten, hat erklärt, er wolle die Akten genau durchlesen, ehe er sich entscheide.

Großbritanien und Irland.

London, den 19. Febr. Die Times verbreiten sich heute über die Nothwendigkeit, das Atlantische mit dem Stillen Meere baldmöglichst zu verbinden. Außer den zwei vorgeschlagenen Plänen, Chagres mit Panam in Verbindung zu bringen, oder auf dem Isthmus von Tehuantepec einen Kanal anzulegen, empfehle sich besonders ein dritter Plan. Der Nicaraguasee nämlich stehe mit dem Atlantischen Meere durch den Fluß San Juan in Verbindung, und sei leicht schiffbar zu machen. Der See von Nicaragua sei 90 Meilen lang und für jedwede Schifffahrt tauglich. Dieser See stehe durch den Fluß Titipapa mit dem kleinen Leonsee in Verbindung; der genannte Fluß sei 20 Englische Meilen lang und ebenfalls leicht fahrbar zu machen. Der Leonsee sei nur 29 Englische Meilen vom Stillen Meere entfernt; 11 Meilen vom See laufe aber schon der Fluß Tozta, mit welchem der See in Verbindung zu bringen wäre, worauf man im Hafen Rialejo ins Stille Meer einlaufen würde. Bemerkenswerth sei, daß die Wasserverbindung durch ein sehr gesundes Land sich hinziehen würde.

London, den 20. Febr. Gestern wurden in der Oberhaus-Sitzung die Bills zur Verhütung von Wahlbestechungen und zur Verbesserung des Heirathsgesetzes in Schottland nach einigen Erörterungen zum zweitenmale verlesen.

Gestern stand in der Sitzung des Unterhauses auf der Tagesordnung die dritte Verlesung der irländischen Habeas-Corpus-Suspensionsbill. J. O'Connell hielt seine angekündigte Rede gegen die Maßregel. Zum Schlusse erklärt er, daß er sich, so viel er könne, der Bill widersetzen werde, weil die Sache Irlands die Sache der Gerechtigkeit sei. Herr Crawford beantragte die Verwerfung der Bill, deren dritte Verlesung jedoch mit 117 gegen 23 Stimmen genehmigt wurde. Ein nachträglicher Abänderungsvorschlag Lord Lugent's, die Dauer der Bill auf drei Monate zu beschränken, wurde verworfen und die Bill angenommen. — Lord J. Russel beantragte sodann einen Ausschuß des ganzen Hauses zur Berathung des von den Mitgliedern beider Parlamentshäuser zu leistenden Eides. Der Minister verlas nun und erläuterte die verschiedenen Eidesformeln, deren letzte, der Abschwörungseid, die Person, welche ihn leistet, verpflichtet, daß er dies „auf den wahren Glauben eines Christen" thue. Der Minister schlug sodann vor, daß die Worte „auf den wahren Glauben eines Christen" aus der Formel des einem Mitgliede jüdischer Religion abzunehmenden Eides weggelassen werden sollten, Herr Goulburn erklärte, daß er sich dem Antrage, in einen Ausschuß überzugehen, nicht widersetze, wohl aber dem Grundsatze des Russelschen Vorschlages, weil er die Zulassung von Juden ins Parlament als gefährlich für die christliche Religion betrachte. Nachdem noch mehrere Redner für und gegen gesprochen hatten, wurde der Antrag Lord J. Russel's mit 214 gegen 111 Stimmen genehmigt. Das Haus saß demgemäß als Ausschuß, und der Premier-Minister übergab seinen Vorschlag dem Vorsitzenden. Die weitere Berathung wurde auf Freitag festgesetzt.

— Nach neueren Berichten aus Bombay vom 19. Januar, war die Stadt Multan am 2. mit Sturm nach heftiger Kanonade erobert worden. Das Fort hatte sich, bei Abgang der Depesche, indeß noch nicht ergeben. Das Vorrücken der Afghanen in das Gebiet von Scinde hat übrigens den Aussichten auf Fortdauer des Krieges noch mehr Gewicht gegeben. — Die Nachrichten aus Hong-kong reichen bis zum 14. December v. J. Die freundlichen Beziehungen der Briten und Chinesen dauerten fort. Der Nordamerikanische Commissar Davies wurde dort erwartet. Die, die Streitfragen zwischen China und den Vereinigten Staaten ordnende Verfügung ist erschienen. Die beiderseitigen Staaten behandeln sich für den innern Verkehr so, wie die Türkei von ihnen behandelt wird.

Rußland und Polen.

Reval. Die hiesigen wöchentlichen Nachrichten enthalten folgende Publikation: „Zufolge Auftrages Sr. Durchlaucht des Herrn Rigaschen Kriegs- und Liv-, Esth- und Kurländischen General-Gouverneurs vom 8. Januar d. J. sub Nr. 113 wird von der Esthländischen Gouvernements-Regierung desmittelst zur allgemeinen Wissenschaft gebracht, daß Se. Majestät der Kaiser auf Ansuchen des Herrn Dänischen Bevollmächtigten Baron Plessen zu befehlen geruht haben, nur solchen Schleswigschen Fahrzeugen, welche die Dänische Flagge, nicht aber solchen, welche die neue Schleswig-Holsteinische Flagge tragen, die Einfahrt in die Russischen Häfen zu gestatten. Reval, Schloß, den 20. Januar 1849. Ad mandatum E. v. Nottbeck, Sekretär."

Italien.

Rom, den 12. Febr. Die Constituente hat bis zur Vollendung der Verfassung die Executivgewalt in ihre Hände genommen und (wie bereits erwähnt) deren Ausübung einem Comitato executivo von drei verantwortlichen und nach dem Willen der Versammlung entfernbaren „Italienern" übertragen. Gewählt sind: Armellini, Saliceti, der frühere Führer der neapolitanischen Radikalen, und Montecchi, bisher Mitglied des Sicherheits-Ausschusses. Die Gerichte sind angewiesen, „im Namen der römischen Republik" Recht zu sprechen Das Militär vertauscht die päpstliche mit der Italienische Kokarde und gestern wehte zum erstenmale vom Kastell Sanct Angelo die dreifarbige Fahne, überragt von der Freiheitsmütze. Auf dem Kapitol prangt ein Abguß der alten Bronzewölfin mit den Zwillingen, an der Stelle der früheren päpstlichen Insignien. Marc Aurel ist diesmal verschont geblieben. Die Konsuln und Agenten sind beauftragt, bei den fremden Regierungen auf die Anerkennung der Republik hinzuwirken. Nach Paris ist sogar eine besondere Gesandtschaft abgeschickt, mit Masi an der Spitze. Von der Aufnahme der Republik beim Volke läßt sich sehr wenig sagen. Selbst den von der Regierung veranstalteten Illuminationen wird kaum noch Aufmerksamkeit geschenkt.

Der römische „Tribuno" vom 11. Febr. läßt sich aus Gaeta schreiben, daß es dem dort angekommenen Oesterreichischen Gesandten Esterhazy gelungen war, eine heilige Allianz zu Stande zu bringen zwischen Oesterreich, Neapel, Spanien und Frankreich, mit dem Zwecke, den Papst durch die Waffen nach Rom zurückzuführen. Es ist eine bevorstehende Dazwischenkunft nicht mehr in Zweifel zu ziehen, und die Erklärungen des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten auf die Interpellationen Ledru-Rollin's beweisen nur zu deutlich, daß die Italienischen Radikalen auf die Französische Regierung nicht zählen können, daß diese vielmehr im Einverständniß mit Oesterreich in der Römischen Frage handeln werde. Sollen wir nun dem Wiener Correspondenten der deutschen „Reform" Glauben beimessen, so ist an einer bewaffneten Intervention Oesterreichs nicht mehr zu zweifeln, und die republikanische Komödie in Mittel-Italien dürfte von sehr kurzer Dauer sein. — Gioberti ist durch die Ueberstürzung der Ereignisse in Rom in nicht geringe Verlegenheit gerathen. Nach der Erklärung des Ministers Cadorna in der Sitzung der Sardinischen Kammer vom 15. Februar war das Princip der Piemontesischen Regierung in Bezug auf die Lösung der Römischen Differenz nicht ein Princip der bewaffneten Dazwischenkunft, sondern der Versöhnung. Wird Piemont ruhig einer bewaffneten Oesterreichischen Intervention in Mittel-Italien, die es durch seine Anerbietungen an den Papst verhindern wollte, ruhig zusehen? Piemont bildet jetzt zu Sarzana ein Lager von 10,000 M. Sarzana liegt bei dem Meerbusen von Spezzia, gerade an dem Punkte, wo die Straße einerseits über Pontremoli nach Parma, und andererseits über Lucca nach Florenz führt. Wird Piemont die bewaffnete Intervention Oesterreichs ruhig an diesem Lager vorüberziehen lassen?

— Das Tedeum fand gestern in der Peterskirche statt, aber ohne alle Mitwirkung des Klerus, der sich dem Vernehmen nach dessen entschieden geweigert hatte. Für den an die Pracht hiesiger Kirchenfeste Gewöhnten konnte daher die Feier nichts Imposantes haben. Man hatte alles vorhandene Militair, was sich von der Civica eingefunden, die Studentenlegion, die Speranza im Hauptschiffe aufgestaffelt; weiter hin jenseits des Hochaltares befanden sich die Tribünen für Musiker und Sänger (die päpstliche Kapelle fehlte ebenfalls); die Beamten, Offiziere, Deputirten, die Munizipal-Kommission hatten sich vor dem kleinen Altare versammelt, über welchem der Bischofsstuhl angebracht ist, und hier las ein Priester Messe, während Militär-Musikchöre Nationalhymnen spielten. Uebrigens ging die Feier ohne Störungen vorüber, vor denen man hie und da allerdings Besorgnisse hatte; es hieß, die Geistlichkeit solle gewaltsam zur Theilnahme gezwungen werden. Der Kanonendonner der Engelsburg begleitete das Tedeum. Während aber in St. Peter die gewohnte Ordnung und Ruhe auch dieses Mal nicht getrübt ward, — denn für diese hat das römische Volk stets seinen Sinn bewahrt, — fiel in der Kirche St. Carlo am Corso, der Nationalkirche der Lombarden, die des Sonntags viel von jungen Pflastertretern besucht wird, allerdings ein arger Exzeß vor, der den besseren Theil des Volkes mit Entrüstung erfüllt hat. Bei einem gewissen, nach der Messe zu haltenden Gebete nämlich stimmte plötzlich ein großer Theil der Versammlung eine viel gesungene Hymne auf die Trikolore an, und der Gottesdienst endigte unter großem Tumulte.

Belgien.

Brüssel, den 21. Febr. Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister des Kaisers von Oesterreich, Graf von Woyna, wurde vorgestern vom Könige in einer Privat-Audienz empfangen und überreichte Sr. Majestät im Namen seines Souverains die Insignien des ungarischen St. Stephans-Ordens.

Schweiz.

Bern, den 20. Februar. Der Ritter v. Neuwall, Geschäftsträger bei der Deutschen Centralgewalt in Frankfurt, hat Bern plötzlich verlassen, worüber nun verschiedene Gerüchte circuliren. — Der Papst hat an den vertriebenen Bischof Morilly ein Schreiben gerichtet, in welchem er ihn wegen der erlittenen Leiden tröstet und wegen seiner bischöflichen Standhaftigkeit lobt.

Amerika.

Nach Berichten aus New-York vom 7. Febr. wurde General Taylor, der gewählte neue Präsident, am 20. zu Washington erwartet, wo seine politischen Freunde ihm einen begeisterten Empfang zudachten. Als seine Hauptminister werden Bell und Crittenden bezeichnet; übrigens glaubt man, daß er sein Cabinet nicht auf eine bestimmte Classe von Politikern beschränken werde. — Die Sklavenfrage war fortwährend Hauptgegenstand der Erörterung im Congresse. Hr. Calhoun vertheidigt die Sache der Sklavenbesitzer eifrigst, wird aber, obgleich von einer mächtigen Partei unterstützt, den Zeitpunkt, wo das Sklavenhalten verboten wird, blos noch hinausschieben können. Die Civilbehörden zu Washington haben fast einmüthig um Abschaffung der Sklaverei petitionirt. Man kündigt, jedoch vielleicht voreilig, eine unergiebige Baumwollenernte an. In Brodstoffen wurde wenig gemacht. — Die Auswanderungen nach Kalifornien dauern massenweise fort. Bis Ende Januar waren auf 99 Schiffen 5719 Personen dahin abgegangen, und noch weit mehr Schiffe rüsteten zur Abfahrt dahin. Man hatte 500,000 Dollars in Silbergeld nach Kalifornien verschifft und 50,000 D. Gold von dort erhalten. Ueber New-Orleans wird berichtet, daß zu Francisco 2 Millionen Dollars in Goldstaub lagerten, welche nach den Vereinigten Staaten gebracht werden sollten. Aus Mazatlan wird unterm 20. Dec. gemeldet, daß das Goldsuchen aufgehört hatte, weil die ganze Gegend einen Fuß hoch mit Schnee bedeckt war.

Locales ꝛc.

Posen, den 26. Februar. Gestriger Wasserstand 10 Fuß 11 Zoll. Heutiger (7 Uhr früh) 11 Fuß 6 Zoll. Mittagsstunde 11 Fuß 4 Zoll. — Das Wasser hat sich schon einen Weg unterhalb der Schleusen über den vor drei Jahren angelegten Ueberfall gebahnt, über welchen es Stunde für Stunde sich immer stärker über die Wallischeier Gärten und Höfe ergießt.

Posen, den 26. Februar. Gestern Abend in der achten Stunde wurde in manchen Theilen der Stadt auf eine Weile große Unruhe und Bestürzung hervorgebracht, da urplötzlich der Generalmarsch durch alle Straßen wirbelte. Die Veranlassung dazu war jedoch nicht so ernster Natur, wie bei der allgemeinen Aufgeregtheit der Gemüther Manche fürchten mochten, vielmehr bestand sie lediglich in einer Wiederholung der seit dem vergangenen Sommer mehrfach vorgekommenen Sonntagsschlägereien zwischen Soldaten unter einander und Soldaten und Civilisten. Der Schauplatz war diesmal namentlich eine Schankwirthschaft in der Büttelstraße, wo gar arg gehaust worden ist. Nachdem einige Verhaftungen vorgenommen worden waren, stellte sich die Ruhe wieder her.

* Posen, den 26. Februar. Der polnische Geistliche, den man vor einigen Tagen hier in einem Gasthofe todt im Bette fand, hat uns Deutschen eine schlimme Erbschaft zurückgelassen. Unsere Gegner suchen nämlich das Ereigniß auf die malitiöseste Weise auszubeuten und durch ausgesprengte Vergiftungsgerüchte den gemeinen Mann aufs Neue gegen die Deutschen im Allgemeinen und namentlich gegen die Juden zu fanatisiren. Zu welchem Zwecke man durch derlei Reizmittel das Landvolk und den Arbeiter, diese heißblutige Marionette, wieder aufstachelt und in Bewegung zu setzen versucht, ist nun kein Geheimniß mehr; zu viele, für sich allein zwar unbedeutende, im Zusammenhange aber vollkommen charakteristische Indicien deuten darauf hin, daß man in der That für das Frühjahr sich mit dem wahnsinnigen Plan einer neuen Schilderhebung herumträgt. So hält z. B. in einer Dorfgemeinde, in der unmittelbaren Nähe von Posen, allsonntäglich der polnische Pfarrer nach beendigtem Gottesdienst Verlesungen aus der Gazeta polska, früher geschah dies sogar in der Kirche, von der Kanzel herab; doch die ältern und ernstern Mitglieder der Gemeinde nahmen Aergerniß an der Einführung einer solchen Postille, und das Pfarrhaus trat an die Stelle der Kirche. Bei der Erläuterung des Gelesenen giebt sich nun der ehrenwerthe Gottesstreiter alle Mühe, mit so brennenden Farben, wie die Beredtsamkeit eines Mullah sie aufzutreiben vermag, seinen Gläubigen die Paradiesesfreuden des in ganzer Herrlichkeit dereinst wiedererstehenden polnischen Reiches auszumalen, und dieselben für die eifrigste, hingebende Mitwirkung bei dem heiligen Kampf zu entflammen. — Die gewöhnlich gut unterrichtete Berliner Provinzial-Correspondenz berichtet ähnlich unterm 22 d. M.: Unter den Polen im Großherzogthum herrscht augenblicklich die lebhafteste Bewegung. Mehrere Häupter der polnischen Revolutionspartei reisen im Lande herum und halten heimliche Zusammenkünfte, namentlich in der Gegend von Schneidemühl, in Culm, Czarnikau und Pelplin Besonders thätig zeigen sich wieder viele Geistliche, welche Versammlungen des besitzlosen Adels in ihren Wohnungen veranstalten. Der Polenverein in Paris bietet Gelder und Rathschläge an, um im März Unruhen in Berlin und im Großherzogthum hervorzurufen. Aus Köthen gehen polnische Proklamationen in ganzen Ballen nach Posen ab. Es ist offenbar, unsere Gegner rechnen auf den Brand und die Verwirrung und das Zerwürfniß, das in dieser schweren Zeit von Innen und von Außen über Deutschland hereinzubrechen droht, um mit Bequemlichkeit ihr altes Spiel von Neuem zu beginnen. Unter so stürmischen Aspekten genügt es nicht, den Behörden ein Caveant consules zuzurufen; die Deutschen selbst müssen sich durch einen Akt des bürgerlichen Selfgovernement zusammenschaaren, um in fester Verbindung dem aufziehenden Gewitter Stand zu halten.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Bei der Neuwahl eines Deputirten zur I. Kammer für unsere Stadt an der Stelle des Herrn Justiz-Raths Neumann, dürfte wohl im Interesse des Deutschthums die Wahl auf keinen andern fallen, als auf den so ehrenwerthen Frankfurter Deputirten Herrn ꝛc. ꝛc. **Jordan.** R.

Der Unterzeichnete erklärt den Inhalt des in dem Frankfurter Journal vom 13. d. M. enthaltenen und in die Oderzeitung übergegangenen Referats, betreffend die Ansprache Sr. Majestät des Königs an die Mitglieder der in Berlin gewesenen Konferenz von Seminardirektoren und Seminarlehrern, für eine schamlose Verfälschung der Wahrheit.

Posen, den 24. Februar 1849

Ritsche,
Sem.-Direktor und Mitglied der genannten Konferenz.

Markt-Bericht.

Berlin, den 24. Februar.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 55—58 Rthlr. Roggen loco 26½—27½ Rtlr., schwimmend 26½—27 Rthlr., p. Frühj. 82pfünd. 26¾ Rtlr. Br, 26½ G. Mai/Juni 27½ a 27 Rthlr. Juni/Juli 28½ a 28¼ Rthlr. Gerste, große loco 23—25 Rthlr., kleine 19—21 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 14—16 Rthlr., p. Frühjahr 48pfd. 14¼ Rthlr. Br. Erbsen, Kochwaare 30—32 Rthlr., Futterwaare 27—29 Rthlr. Rüböl loco 13⅔ Rthlr. Br., 13½ a 7/12 bez. u. G. Februar 13⅔ Rthlr. Br., 13½ a 7/12 bez Febr./März 13½ Rthlr. Br., 13 5/12 a ¼ bez. März/April 13 5/12 Rthlr. Br. 13⅓ G. April/Mai 13⅓ Rthlr. Br., 13¼ G. Mai/Juni dto. Juni/Juli dto. Juli/August 13⅙ Rthlr. Br., 13 1/12 G. August/Sept. 13 Rthlr. Br. Sept./Okt. 13⅔ Rthlr. Br., 12 7/12 bez u. G. Leinöl loco 11 Rtlr. Br., Lief. pr. April/Mai 10⅔ Rthlr. Br., 10⅓ bez. Mohnöl 19 Rthlr., Lief. 18½. Hanföl 13 Rthlr. Palmöl 13½ Rthlr. Südsee-Thran 11½ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß 15⅛ Rtlr. bez. u. G. Februar 15¼ a 15 Rthlr. März 15⅓ a 15¼ Rtlr., p. Frühjahr 15⅞ Rthlr. bez. u. Br., 15¾ G. Mai/Juni 16½ Rthlr. Br., 16¼ bez. u. G. Juni/Juli 17¼ Rthlr. Br., 17 bez.

Posen, den 26. Febr. (Nicht amtlich.) Marktpreis für Spiritus p. Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 12¼ Rthlr.

Berliner Börse.

Den 24. Februar 1849.	Zinsf.	Briefe.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	101¼	101
Staats-Schuldscheine	3½	80¼	79⅞
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	98½
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	5	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	—	85½
Grossh. Posener "	4	—	96
" "	3½	81¼	81½
Ostpreussische "	3½	—	90½
Pommersche "	3½	92	—
Kur- u. Neumärk. "	3½	92½	—
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	88	87
Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 5/12
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	12½	12 4/12
Disconto	—	—	
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	75½	—
" Prioritäts-	4	88	—
Berlin-Hamburger	4	51	—
" Prioritäts-	4½	93	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	54
" " Prior. A. B.	4	84	—
" " "	5	95	—
Berlin-Stettiner	4	87½	—
Cöln-Mindener	3½	78	—
" Prioritäts-	4½	93½	—
Magdeburg-Halberstädter	4	110	—
Niederschles.-Märkische	3½	71¼	—
" Prioritäts-	4	—	86
" "	5	99	—
" " III. Serie	5	94½	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	92½	92
" " B.	3½	92½	92
Rheinische	—	—	—
" Stamm-Prioritäts-	4	—	—
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	—	49½
Stargard-Posener	3½	—	70

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Zum Besten der verwittw. Musik- und Zeichnenlehrerin A. R. Lüdecke hieselbst findet Dienstag den 27. huj. Abends 7 Uhr ein Vocal- und Instrumental-Concert im Theater statt, und bitten wir ganz ergebenst um recht rege Theilnahme.

Billets: I. Rang 10 Sgr., Sperrsitz 10 Sgr., Parterre 6 Sgr., II. Rang 4 Sgr., sind in den Buchhandlungen der Herren Mittler, Scherk, Heine, so wie in der Conditorei des Herrn Freundt zu haben.

Das Concert-Comité.
Vogt. Scholz. G. Fliege.

Die Generalprobe zur großen Liedertafel ist Mittwoch den 28sten Februar c. im Saale des Hôtel de Saxe.

Der Vorstand des allg. Männer-Gesang-Vereins.
Dr. Mayer. Vatické. Bornhagen. Maiwald. A. Vogt.

Nothwendiger Verkauf.

Ober-Landesgericht Bromberg.

Die im Gnesener Kreise belegene adelige Herrschaft Wittkowo cum attinentiis, landschaftlich abgeschätzt auf 72,337 Rthlr. 13 Sgr 1 Pf., soll am 27sten September 1849 Vormittags um 10 Uhr im Gerichts-Gebäude des künftigen Kreisgerichts zu Gnesen subhastirt werden.

Taxe, Hypothekenschein und Kaufbedingungen können in der Registratur eingesehen werden.

Bekanntmachung.

Am 27sten Februar d. J. Vormittags 10 Uhr sollen durch den Rendanten Kurzhals vor unserem Gerichtsgebäude verschiedene Möbel und Hausgeräthe gegen gleich baare Bezahlung öffentlich verkauft werden.

Posen, den 8. Januar 1849.

Königl. Land- und Stadtgericht.
Erste Abtheilung.

Auf dem Dominio Kobelnik bei Inowraclaw stehen 25 Mast-Ochsen sofort zum Verkauf. Die Abnahme kann bis Ostern vorbehalten werden.

Wein-Auktion.

Donnerstag den 1sten März Vormittags von 10 Uhr ab, sollen im Auktions-Lokal Friedrichsstraße No. 30., 300 Flaschen guter Französischer Rothwein und 50 Flaschen alter herber Ungarwein öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschütz.

Bekanntmachung.

Am 1sten März d. J. Vormittags 10 Uhr werde ich in dem Dorfe Wierzenica (im Kruge) im Auftrage des Königl. Land- und Stadtgerichts hierselbst 50 Stück Schaafe öffentlich gegen baare Zahlung verkaufen.

Posen, den 26. Februar 1849.

Wilke, Justiz-Aktuarius.

Die Propination in Lussowo ist vom 24sten April zu verpachten.

Die auf Gegenseitigkeit gegründete Hagelschäden-Versicherungs-Gesellschaft in Erfurt empfiehlt sich dem betreffenden Publikum zur Versicherung von Feld- und Gartenfrüchten zu folgenden Prämiensätzen:

für Halm- und Hülsenfrüchte . . . . . ⅔ %.
" Oel- und Handelsgewächse . . . 1⅙ %.
" Obst und Wein . . . . . 2 %.
" Hopfen und Tabak . . . . . 2½ %.

Prospekte, Statuten und Antragsformulare liegen bei den unterzeichneten Hauptagenten und den Agenten:

Herren M. Berliner in Ostrowo,
" Buchwald in Birnbaum,
" Hedinger in Lissa,
" Berthold Piton in Wongrowiec,
" S. Schiff in Wollstein,
" H. Reiche in Schwerin,
" Joh. Abraham in Pudewitz,
" M. O. Riemschneider in Rawicz,
" Gastwirth Hartmann in Wronke,
" Theod. Jeenicke in Bentschen,
" E. W. Knappe in Krotoschin,
" Dav. Oettinger in Rackwitz,
" Apoth. Beckmann in Jutroschin,
" R. Kadzidlowski in Schrimm,
" Stadtrath Dannowski in Jarocin,

aus.

C. Müller & Comp.
Sapieha Platz Nr. 3.

Königl. Preuß. staats- und landwirthschaftliche Akademie zu **Eldena** bei Greifswald.

Die Vorlesungen an der hiesigen Königl. Akademie werden für das nächste Sommersemester am 16ten April c. beginnen und sich auf die im Studienplane derselben vorgeschriebenen Gegenstände aus der Staats- und Landwirthschaft und deren Hülfswissenschaften beziehen Die Vorlesungen sind, wie früher, in den Königl. Preuß. Amtsblättern speciell bezeichnet.

Eldena, den 17. Februar 1849.

Der Direktor der Königl. Preuß. staats- und landwirthschaftl. Akademie
E. Baumstark.

Der Termin zur weitern Verpachtung der Schießhaus-Restauration auf der Columbiastraße vom 1sten April l. J. ab, findet am Sonnabend den 3ten März l. J. Nachmittags um 4 Uhr im Saale des Magistrats auf dem Rathhause statt, wozu die Pachtlustigen höflichst eingeladen werden. Posen, den 24. Februar 1849.

Die Schützen-Gilde.

C. Wallischewski's Fortepianofabrik
zu Breslau, Ring No. 49.,
empfiehlt hiermit ihre reiche Auswahl von Instrumenten mit englischer wie deutscher Mechanik, vom besten Material, zur geneigten Beachtung. Darunter wird ein vorzüglich gelungener Prachtflügel von Polixanderholz (engl. Mech.) für den festen Preis von 400 Rthlr. noch besonders anempfohlen.

Allen Herrschaften empfiehlt sich zur Nachweisung verschiedener Dienstboten mit guten Zeugnissen das Miethsbureau von D. Kareski, Markt No. 82. im Kaufmann Binder'schen Hause.

In dem Hause St. Martin No. 53/54. sind mehrere Wohnungen sowohl Parterre als in der Bel-Etage und im Keller sofort zu vermiethen. Ein Näheres Markt No. 84. 1 Treppe hoch.

Zu vermiethen ist Wasserstraße No. 24. ein Laden mit Schaufenster, zu jedem Geschäfte im Kleinen geeignet, für 50 Rthlr. jährlich.

Champagner
in Commission

offerirt per Dutzend und Halbdutzend zu 1½ Rthlr. die Flasche. Die Qualität ist ausgezeichnet.

Posen, im Februar 1849.

Jac. Träger, am Markt 57.

Frisches Wildpret.

Rehe und Hasen bringe ich Mittwoch den 28. Februar c. nach Posen.

R. Löser.

Heute empfing ich eine frische Sendung **Brustkaramellen** gegen **Husten** und **Verschleimung, Pfeffermünzplätzchen** als Präservativ gegen die **Cholera, Wurm-Chocolade** für **Kinder**, und auch **Stücken-Chocolade** aus der rühmlichst bekannten Fabrik von **Franz Schulz** in Berlin, Jüdenstraße. Diese **Artikel** empfiehlt bestens

Ludwig Johann Meyer,
Neuestraße neben der Griechischen Kirche.

Vom 25. d. M. ab verkaufe ich außer Jungbier auch Lagerbier in Tonnen und nach Quart, später werde ich dasselbe nach kleinen Gebinden ablassen. Vom 1. April c. ab. beabsichtige ich meine Schanklokale zu eröffnen, dies zeige ich einem hochgeehrten Publikum ergebenst an.

Robert Bischoff.

Besten Weser-Lachs, Elbinger Neunaugen, Sardines à l'Huile, Brabanter Sardellen, ächten Holl. und Limburger Sahn-Käse, Citronen à 1½ bis 1⅔ Rthlr. pro Hundert, süße Messinaer Apfelsinen und Teltow. Rüben offerirt billigst

Michaelis Peiser,
Russische Theehandlung, Breslauerstr. No. 7.

Ein Jeder wird hiermit gewarnt, meinem Sohn Leopold irgend etwas zu borgen oder vorzuschießen, da ich für diesen keine Zahlung leisten werde.

Kosten, den 20. Februar 1849.

J. Muszkiewicz.